

Marlies Keiser
Karl Rust

An den Präsidenten GGR
K. Rust
Blasenbergstrasse 23

Parlamentarischer Vorstoss GGR	
Eingang:	7. Juni 91
Abgabe an Stadtrat:	11. 6. 91
Bekanntgabe im GGR:	11. 6. 91
Bearbeitung SR:	
Behandlung im GGR:	

G2127 Beilage 1
Zug, 7.6.91

Mo2

Motion: Umzonung und Realisierung von preisgünstigen Wohnungen im Roost Zug

Der Stadtrat wird beauftragt eine Vorlage auszuarbeiten, um auf der städtischen Parzelle GBP 1482 im Roost

1. umgehend die heutige Zone OeI in eine Wohnzone W3 umzuzonen
2. auf einem Teil der Parzelle städtische Wohnungen im Rahmen des Wohnbauauftrages zu erstellen oder erstellen zu lassen.
3. einen Teil der Parzelle an gemeinnützige erfahrene und zweckorientierte Wohnbauorganisationen im Baurecht abzugeben, zur Erstellung von preisgünstigen Wohnungen mit einfachem Standard.

Begründung:

Der zunehmende Mangel an günstigen Wohnungen zwingt zu raschen Entscheidungen. Der Stadtrat wird trotz grossen Anstrengungen noch Jahre benötigen, um die vom Volksauftrag geforderten 400 Wohnungen zu realisieren. Es ist daher naheliegend, auch gemeinnützigen Wohnbauorganisationen von der Stadt baureifes Land zur Verfügung zu stellen, damit innert nützlicher Frist preisgünstige Wohnungen erstellt werden können. Wir brauchen preisgünstige Wohnungen. Wohnungssuchenden hilft die Frage oder gar ein Streit nicht weiter, ob eine Wohnung der Wohnbauinitiative angerechnet wird oder nicht.

Die stadteigene Parzelle GBP 1482 im Roost an der Hofstrasse umfasst 21'338 m² und ist vom Stadtrat im Rahmen der Revision der Stadtplanung bereits zur Umzonung vorgesehen. Die Umzonung muss der Stadtplanung vorgezogen werden.

Für die Gesamtplanung könnte zu Beginn ein Ideenwettbewerb Aufschluss bringen über die Wohnungsgruppen und -typen, selbständig überbaubare Teilgebiete, Etappierungen, stufenweise Umlage und Ersatzlösungen für die Parkplätze des Kantonsspitals etc. Bei der Gesamtplanung sollte eine Bevölkerungsdurchmischung angestrebt werden. Nebst dem Grossteil der WEG-geförderten Wohnungen sollte auch ein Teil normale, nicht subventionierte Wohnungen erstellt werden.

Im Sinne einer gesunden Konkurrenz wäre für die Überbauung eine gemischte Trägerschaft, bestehend aus der Stadt und anderen erfahrenen Bauträgern mit der klaren Zweckbestimmung für preisgünstigen Wohnbau, wie Wohnag, Familia etc. von grossem Vorteil. Mit deren Erfahrung auf dem Gebiet des preisgünstigen Wohnungsbaus sollte auch eine zügige Realisierung möglich sein. Eine Landabgabe an die erwähnten Wohnbauträger müsste selbstverständlich mit entsprechenden Auflagen versehen werden.

Die Zeit drängt. Das vorgeschlagene Modell bringt rascher preisgünstige Wohnungen, als sie von der Stadt realisiert werden können. Wohnungen, die nicht durch die Stadt realisiert werden müssen, können eher günstiger und rascher erstellt werden. Eine gesunde Konkurrenz bei den Wohnbauträgern kann sich letztlich für die künftigen Mieter nur vorteilhaft auswirken. Mit dem Wettbewerb werden für den Bau, die Vermietung und Verwaltung auch laufend Erfahrungen und neue Ideen eingebracht.

Marlies Keiser

M. Keiser

Karl Rust

K. Rust